

# früh

kuliUG



02 | Oktober 2017

Die Zeitung  
mit System

# Warnung

# ANGESPITZT ZUGESPITZT



Das Herbstheft 2017

# Sonderurlaub? Karenz? Pensionsberechnung? Vordienstzeiten? Supplierstunde nicht bezahlt?

Die PersonalvertreterInnen von **kuli-UG** und **Grüne PädagogInnen** helfen gerne. In jedem Schulbezirk des Bundeslandes kannst du dich an diese wenden! Auf unseren Homepages findest du detaillierte Infos.

Im Zentralausschuss für PflichtschullehrerInnen haben wir mit **Renate Brunnbauer** und **Franz Kaiser** zwei ausgewiesene ExpertInnen, die rasch und vertraulich weiterhelfen können.

**Das Büro im LKUF-Gebäude ist jeden Tag besetzt!  
Auch am Handy sind beide gut erreichbar.**

**RENATE BRUNNBAUER**  
Vorsitzende *kuli-UG*  
Email: r.brunnbauer@kuli.net  
Telefon: 0699 10 20 82 02  
BÜROZEITEN Zentralausschuss:  
Montag, Dienstag:  
08.00 – 12.00  
13.00 – 16.00  
Mittwoch: 08.00 – 13.00



**FRANZ KAISER**  
Die Grünen PädagogInnen  
Email: franz.kaiser@gruene.at  
Telefon: 0676 700 33 61  
BÜROZEITEN Zentralausschuss:  
Dienstag, Donnerstag:  
08.00 – 12.00  
13.00 – 16.30  
Freitag: 08.00 – 13.00

**[www.kuli.net/personalvertretung](http://www.kuli.net/personalvertretung)  
[gpv.ooe.gruene.at](http://gpv.ooe.gruene.at)**

## Topp informiert bleiben zu aktuellen **Bildungsthemen:**

Seit Herbst 2016 gibt es die *OELI App* für Smartphones. Der Dachverband der Unabhängigen LehrerInnen informiert flott und fundiert über aktuelle Bildungsthemen. Die App funktioniert für alle Android-Handys. Einfach im Google Playstore „*OELI App*“ eintippen, downloaden – fertig!

Keine wichtige Nachricht mehr verpassen ....

### NEU! **ÖLI-App:**

**Die ÖLI-APP:**  
informiert dich automatisch und top aktuell  
verursacht minimales Downloadvolumen  
verbraucht so gut wie keine Energie  
benötigt keine Daten von dir  
ist kostenlos



# Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser!  
Liebe Kollegin, lieber Kollege!*

Der Wahlkampf zur Nationalratswahl 2017 ist vorüber, wenn diese *Frühwarnung* fertiggestellt ist und seine Veröffentlichung erlebt.

Das Ergebnis konnten wir bei Redaktionsschluss nur erahnen und es machte uns Kopfzerbrechen. Eine neue Rechtswende wird möglich, eine *ÖVP-FPÖ* erscheint als eine sehr wahrscheinliche Variante.

Dies bedeutet neben vielen Aspekten (Klimapolitik – geschenkt, Stärkung der Abgehängten – ja, hätten's halt fleissiger sein sollen, ...) auch einen Stillstand in der ohnehin schon recht bewegungsarmen Bildungspolitik. Interessanterweise spielte das Thema Bildung kaum eine Rolle im Wahlkampf. Lediglich die *Grünen* und *neos* hatten dazu etwas zu sagen.

Nach der Wahl, was könnte da schon Großartiges passieren? Eben eher nichts: es ist zu befürchten, dass zaghafte Veränderungen wie die Einführung einer Modellregion Gemeinsame Schule in Vorarlberg oder die chancenindexierte Schule dann eher keine Rolle mehr spielen werden. Denn die fleißigen Kinder gehen ins Gymnasium, die anderen sind einfach zu faul und zu träge. Selber Schuld!

Als Unabhängige GewerkschafterInnen und PersonalvertreterInnen werden wir aber nicht müde werden, da initiativ zu werden, wo wir eine Chance auf gerechtere Bildung für alle sehen.

In der vorliegenden Herbstausgabe der *Frühwarnung* haben wir unseren Fokus auf die heurige Generalversammlung gelegt. Wir stellen unsere zwei Referenten vor und versuchen, in einigen Texten ihre Themen und Anliegen umfassender darzustellen.

Zum einen wird am 29.11. im Volkshaus Neue Heimat der Polizist und bekannte Vortragende *Alexander Geyerhofer* Fakten zum Thema Cybermobbing unter SchülerInnen bringen. Zum anderen (und da sind wir beim aktuellen Rechtsruck in Zeiten des Wahlkampfes) erzählt uns *Thomas Rammerstorfer* aus erster Hand, wie er die Intervention eines *FPÖ*-Abgeordneten erlebt hat, der seinen Vortrag an einem Linzer Gymnasium unterbrechen ließ.

Eine spannende und kurzweilige Veranstaltung zu der wir Sie, liebe KollegInnen, herzlichst einladen!

*Timo Brunnbauer* für die Redaktion

## Inhalt:

**Seite 4:**  
*Zivilcourage*

**Seite 5:**  
*Cybermobbing*

**Seite 6:**  
*Was geht?*

**Seite 7:**  
*Vorstellung Referenten*

**Seite 10:**  
*Wahlfreiheit*

**Seite 11:**  
*Wozu politische Bildung?*

**Seite 12:**  
*KlassenschülerInnen-  
höchstzahl*

**Seite 13:**  
*Kinder sind keine  
Waschmaschinen*

**Seite 14-15:**  
*Bescheidene Wünsche*

**Seite 16:**  
*Anfahrtsinfo zur  
Generalversammlung*

# Zivilcourage

ein polemischer Kommentar von Robert Eder

*Zivilcourage, ein gängiger, moralischer Begriff. Kaum jemand zugestanden, aber schnell für sich beansprucht...*

**1** Dezember 1955, *Montgomery, Alabama, USA*. *Rosa Parks*, Amerikanerin afrikanischer Abstammung, im Bus auf dem Weg von der Arbeit nach Hause, weigert sich ihren Sitzplatz einem weißen Fahrgast zu überlassen. Dies löste den "Busboykott von Montgomery" aus, der als Anfang der schwarzen Bürgerrechtsbewegung gilt.

Linz, 2017. Ich sitze mit meiner Tochter im Bus der Linie 33, ebenfalls auf dem Weg nach Hause. Mit uns ist eine Frau eingestiegen, mit der einen Hand einen Kinderwagen bugsierend – darin ein laut quengelndes Kleinkind – und in der anderen ein Handy.

Eine alltägliche Szene im öffentlichen Raum, nervtötend aber sicher nicht unerträglich. Trotzdem richteten sich die Blicke vieler Fahrgäste auf sie und hinter mir konnte ich bald ein verärgertes Gemurmel vernehmen. Vielleicht sollte ich noch erwähnen dass die Dame afrikanischer Abstammung war.

Nun, jedenfalls telefoniert sie weiter, nebenbei erfolglos versuchend ihren Sprössling zu beruhigen. Schnell baut sich eine allgemein gereizte Stimmung im Bus auf und tatsächlich dauert es nicht lange bis ein ältere Herr weiter vorne seinem Unmut Luft macht und die Mutter – an ihre mütterlichen Pflichten gemahnend – auffordert endlich ihr Kind zu beruhigen, anstatt sich der mobilen Kommunikation zu widmen. Darauf hat der Herr hinter uns nur gewartet. Ermutigt durch die solidarische Komplizenschaft, packt er nun ebenfalls seinen moralischen Zeigefinger aus und tut verärgert seine Meinung kund dass es eine Frechheit wäre, wie hier die öffentliche Ruhe gestört würde.

Ich selbst, wesentlich genervter durch jenes Gezeter, als durch den Auslöser desselben – insbesondere, weil ich zum einen aus eigener Erfahrung weiß wie schwer Kleinkinder sich beruhigen lassen, ist erst ein gewisses Frustrationsniveau erreicht, und zum anderen in solchen Situationen allemal eher erleichtert bin aktuell nicht selbst Träger pädagogischer Verantwortung zu sein, als gar enerviert vom kindlichen Lärmpegel – mache nur gute Miene zum bösen Spiel, schüttle zwar den Kopf, verkneife mir aber jedweden bissigen Kommentar, der mir zwar durchaus auf der Zunge brennt, jedoch kaum dazu beitragen würde die Situation zu deeskalieren.

Später kam mir der Gedanke, dass es vielleicht doch eher Feigheit war, als bürgerliches Harmoniebedürfnis, die mich von der Verteidigung der telefonierenden Mutter abhielt, welche sich sogar noch mit dem Verweis auf die Wichtigkeit ihres Gesprächs gerechtfertigt hatte. Denn eines war klar, wäre sie österreichischer Abstammung gewesen, oder zumindest "nur" Ausländerin, die anwesenden Spießbürger hätten wohl kaum gewagt als selbsternannte Hüter der öffentlichen Ruhe auf die Barrikaden zu klettern.

Der/die geneigte LeserIn wird sich jetzt wohl fragen was beide Geschichten miteinander zu tun haben, abgesehen von offensichtlichen Ähnlichkeiten den Ort der Handlung und die Hautfarbe beteiligter Protagonisten betreffend.

Hier darf ich auf den Titel dieser Geschichte verweisen. Denn während besagte Bürgerrechtlerin gegen anerkanntes staatliches Unrecht aufstand und ihre Verhaftung in Kauf nahm, hat sich meine Wenigkeit nicht einmal getraut öffentlich Partei zu ergreifen um eine Mitbürgerin gegen banalen Alltagsrassismus zu verteidigen, eine Aktion die wohl kaum rechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hätte und schon gar keine physischen, waren doch keine gewaltbereiten Nazi-Schläger beteiligt, was ein Nichteingreifen meinerseits, in Hinblick auf die Sicherheit meiner

Tochter, gerade noch gerechtfertigt hätte.

So bleibt mir nur die Erkenntnis, dass es in manchen Situationen allemal besser ist, seine Komfortzone zu verlassen und zu exponieren, als sich duckmäuserisch hinter einer vorgeschobenen buddhistischen Gelassenheit zu verschanzen. Man verstehe mich nicht falsch. Es ist sicher oftmals angebrachter Konflikten aus dem Weg zu gehen, insbesondere wenn es nur um egomanische Befindlichkeiten geht, also die simple Aufrechterhaltung der eigenen "narzisstischen Homöostase". Doch geht es um gesellschaftlich Relevantes oder die Verteidigung von Recht gegen Unrecht, sollte man nie darauf verzichten Stellung zu beziehen, selbst auf die Gefahr hin als unverbesserlicher liberaler Gutmensch schubladisiert zu werden.

Leider ist es nun mal eine Tatsache dass in unser monetären Leistungsgesellschaft der so genannte Zweck – der ja bekanntlich immer die Mittel heiligt – zu oft über die Moral gestellt wird, sei es nun Menschen betreffend die unser Land schutzsuchend erreichen wollen oder ein Schulsystem das sich mehr den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes unterordnet als jenen unserer Kinder.

So würde ich mir abschließend gerne die Zeilen aus *Edmond Rostands, "Cyrano de Bergerac"* auf die Fahnen schreiben:

*„... Ich weiß du triumphierst und bleibst im Rechte, was liegt daran, ich fechte, fechte, fechte.“*



Rosa Parks zusammen mit Martin Luther King (um 1955)



# Cybermobbing kein Kavaliersdelikt

ein Überblick von *Timo Brunnbauer*

**Die Thematik ist aktueller denn je: Cybermobbing geht nämlich relativ einfach. Es bedient sich einer bestimmten Methode im Umgang mit dem Internet. Cybermobbing braucht ein Opfer und viele TäterInnen, die gemeinsam mit grausamen Postings und deren Teilungen enormen Druck auf die, meist jugendlichen, Opfer machen. Und Cybermobbing ist in seiner Umsetzung gar nicht mal so schwierig. Es braucht nur ein Smartphone, um Videos oder Fotos zu machen und einen Zugang zum Internet.**

Die Opfer können sich kaum helfen, alles passiert in den unendlichen Weiten des Netzes. LehrerInnen sehen nicht tatenlos zu, sondern sie sehen es zumeist gar nicht, wenn ihre SchülerInnen virtuellen Angriffen ausgesetzt sind. Eine Rauferei am Schulhof lässt sich da einfacher beenden. Denn die Opfer haben echte Angst, sich jemanden anzuvertrauen. LehrerInnen sind da leider meistens nicht die ersten Ansprechpersonen.

Wie viele Kinder in Österreich von Cybermobbing betroffen sind, ist schwer zu sagen. Eine Schülerbefragung von Rat auf Draht zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen jemanden kennen, der gemobbt wird. Jeder Dritte gab an, bereits selbst Opfer von Cybermobbing geworden zu sein – laut

Fragestellung muss man dafür „über mehrere Monate hinweg“ im Internet beleidigt, bedroht oder belästigt werden.

*Seit Anfang 2016 ist Cyber-Mobbing in Österreich eine Straftat und kein Kavaliersdelikt mehr.*

Paragraph 107c „*Fortgesetzte Belästigung im Wege einer Telekommunikation oder eines Computersystems*“ ist nun im Gesetz verankert und besagt, dass bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe verhängt werden, wenn das Mobbing mit Suizid oder mit einem Suizidversuch endet. Es kommt tatsächlich zu Anklagen, gut 20 waren es seit Einführung des neuen Gesetzes.

Da Cybermobbing oft in der Schule vorkommt, können auch Eltern zum Handkuss kommen. Sind die Täter jünger als 14 Jahre können die Eltern schadenersatzpflichtig werden, sofern sie ihre Aufsichtspflicht verletzt haben. Cybermobbing ist im Übrigen kein Phänomen der älteren Kinder: schon VolksschülerInnen sind betroffen. Als TäterInnen und Opfer.

## **Was tun – Onlineplattformen:**

Mittlerweile gibt es im Internet recht viele und brauchbare Seiten, die zum

einen informieren, zum anderen aber auch konkrete Hilfe anbieten. Verschiedene Organisationen bieten Fortbildungen für LehrerInnen bzw. Workshopangebote für Jugendliche. Wir empfehlen drei Seiten unter vielen:

### **[www.saferinternet.at](http://www.saferinternet.at)**

diese sehr bekannte und beliebte Seite bietet das wohl größte Informationsportal zu den Themen sicherer Umgang mit dem Netz und Cybermobbing. Betreiber der Seite ist das ÖIAT (Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation), das bereits seit 1997 in der Vermittlung von Wissen im Bereich „digitale Entwicklung“ tätig ist.

### **[www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de)**

diese Seite wird im Rahmen des EU-Projektes „Safer Internet Programme“ betrieben und bietet eine Fülle an Themen – vom richtigen Googeln bis zur hier angesprochenen Thematik. Besonders sei die gelungene Kinderseite erwähnt:

### **[www.klicksafe.de/fuer-kinder](http://www.klicksafe.de/fuer-kinder)**

### **[www.bleibfair.at](http://www.bleibfair.at)**

diese Seite des österreichischen Bildungsministeriums wendet sich an die schon etwas ältere SchülerInnen (ab Sek I). Eindringlich sind die auf wahren Begebenheiten beruhenden Geschichten, die sich im Menüpunkt „Wahre Geschichten“ aufrufen lassen.

# Was geht?

von Albert Hinterberger

*Darf man im Unterricht seine politische Meinung äußern, bzw. sind politische Referenten erlaubt?*

*Die Antwort ist **JA**, aber NICHT ERLAUBT ist politische Werbung. Politische Referenten sind sogar ausdrücklich erwünscht.*

## **GRUNDLAGE DAFÜR ist der:**

### **GRUNDSATZERLASS 2015, UNTERRICHTSPRINZIP POLITISCHE BILDUNG**

Der Grundsaterlass aus dem Jahr 1978 wurde im Sinne einer zeitgemäßen Politikdidaktik 2015 aktualisiert. Link zum Grundsaterlass 2015 auf der Homepage des Bildungsministeriums: [www.bmb.gv.at/ministerium/rs/2015\\_12.html](http://www.bmb.gv.at/ministerium/rs/2015_12.html)

Die letzten drei Abschnitte besagen: Eine besondere Rolle kommt bei der Umsetzung Politischer Bildung der Begegnung mit Personen und Institutionen des Politischen (Politik, Interessensvertretungen, NGOs, Bürgerinitiativen, Medien, etc.) zu. Die Einbeziehung externer Akteure/ Akteurinnen bzw. Anbieterinnen und Anbieter Politischer Bildung hat einen wichtigen Mehrwert, da Schule kein abgeschlossener, sondern immer in ein konkretes gesellschaftliches Umfeld eingebetteter Bereich ist.

Meinungsfreiheit und eine demokratische Diskussionskultur im Unterricht bedeuten für Pädagoginnen und Pädagogen eine besondere Verantwortung. Dies erfordert neben einer didaktischen Aufbereitung und dem Abbilden von Kontroversen aus Politik und Gesellschaft im Unterricht auch das Zulassen und Fördern von Gegenpositionen und deren Begründung (Kontroversitätsgebot) sowie mitunter die Offenlegung persönlicher Meinungen. Keinesfalls dürfen Lehrkräfte Politische Bildung zum Anlass einer Werbung für ihre persönlichen politischen Auffassungen oder Einstellungen machen (Überwältigungsverbot), wenn gleich es zulässig erscheint, als Lehrperson situationsbedingt ein eigenes politisches Urteil abzugeben.

Lehrende haben darauf zu achten, dass die Schülerinnen und Schüler ein selbstständiges Urteil gewinnen (Analysefähigkeit), eine kritisch-abwägende Distanz aufrechterhalten können und abweichende Stellungnahmen oder Meinungen keinesfalls diskreditiert werden.

Politische Bildung ist kein begrenzter Prozess, da auch ihr Betrachtungsgegenstand – die Politik und die Gesellschaft als Ganzes – stets in Veränderung ist. Eine wesentliche Aufgabe bei der Umsetzung von

*Meinungsfreiheit und eine demokratische Diskussionskultur im Unterricht bedeuten für Pädagoginnen und Pädagogen eine besondere Verantwortung.*

Politischer Bildung kommt deshalb der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrpersonen zu.

### **Wichtig in diesem Zusammenhang: DER BEUTELSBACHER KONSENS**

Dieser legt die Grundprinzipien der Politischen Bildung fest:

### **Überwältigungsverbot Kontroversitätsgebot SchülerInnen-Zentriertheit**

Der "Beutelsbacher Konsens" steht am Beginn des gegenwärtigen Paradigmas

in der Politischen Bildung, in dem die „Mündigkeit“ des jungen Menschen in den Mittelpunkt der didaktischen Bemühungen gestellt wird:

Der Schüler/die Schülerin sollte in einer demokratischen Gesellschaft keine vorgefertigten politischen Denkmuster übernehmen, sondern in kritischer Reflexion verschiedener Standpunkte selbstständig zu politischen Urteilen gelangen sowie seine/ ihre eigenen Interessen erkennen und verantwortungsbewusst vertreten.

Damit hebt sich dieses Paradigma von der vorangegangenen Intention politischer Bildung ab, im Rahmen einer „Staatsbürgerkunde“ gewissermaßen Herrschaftslegitimation zu

betreiben oder durch politische Mission eine ideologische Haltung, eine politische „Wahrheit“ durchzusetzen.

Vgl. Sander, Wolfgang: *"Theorie der politischen Bildung: Geschichte – didaktische Konzeptionen – aktuelle Tendenzen und Probleme"* aus: *"Handbuch Politische Bildung"* Hrsg.: Wolfgang Sander, Schwalbach/Taunus 2005, S. 13–48

Link zum BEUTELSBACHER KONSENS:  
[www.politik-lernen.at/dl/oOnKJKJKonkmNJqx4KJK/Beutelsbacher\\_Konsens.pdf](http://www.politik-lernen.at/dl/oOnKJKJKonkmNJqx4KJK/Beutelsbacher_Konsens.pdf)

# Landes- lehrerInnentag

## Die Referenten:



### Alexander Geyrhofer

*hat eine 33-jährige polizeiliche Berufserfahrung, davon war er 17 Jahren mit Sucht – und Gewaltprävention beschäftigt. Seit 6 Jahren ist der heurige Referent beim Landeskriminalamt Linz, Bereich Kriminalprävention-Jugendgewalt, Internetkriminalität und Amokprävention tätig*

*Geyrhofer ist zudem Referent in verschiedenen psychosozialen Aus- und Weiterbildungen, Vortragender an der PH Linz im Rahmen der Lehrerausbildung, Peersupportmitarbeiter Polizei und interkultureller Konfliktmanager.*

*Er wurde am 30.01.1964 in Düsseldorf geboren und hat zwei Söhne, eine Tochter und eine Stieftochter.*

*Sein Vortrag bei der Generalversammlung wird sich mit dem brisanten Thema **Cybermobbing unter SchülerInnen** beschäftigen: ein aktuelles, oft im Verborgenen stattfindendes Phänomen.*

### Thomas Rammerstorfer

*1976 geboren, ist er neben seinem politischen Engagement bei den Grünen seit vielen Jahren eine gewichtige Stimme im Kampf gegen den Rechtsextremismus.*

*Rammerstorfer veröffentlichte in den letzten 20 Jahren Bücher und Aufsätze. Interviews mit ihm finden sich in allen wesentlichen heimischen Zeitungen und Zeitschriften wie dem Profil, Standard oder der Presse.*

*Im März 2017 sorgte der Abbruch eines Extremismus-Vortrages von Thomas Rammerstorfer am Linzer BORG für bundesweites Aufsehen.*

*Er wird seinen Vortrag „**Die extremistische Herausforderung**“ kurz zusammenfassen und erzählt dann von den pädagogischen, juristischen und politischen Folgen der Affäre.*

*Sein Vortrag trägt den Titel „**Politik in der Schule - eine extreme Herausforderung**“*



**ACHTUNG:** Aufgrund einer organisatorischen Änderung findet die heurige Generalversammlung im VOLKSHAUS NEUE HEIMAT (nähe Metro) statt. Genauere Infos zum Anfahrtsweg finden Sie auf der Rückseite dieser Frühwarnung.



**kulīUG**

# Landes- LehrerInnenentag

*Mi., 29. November 2017, 09 - 13 Uhr*

**VOIKSCHWIS NEUFHEIMAT**

# VOLKSHAUS NEUE ZEITEN Vogelfängerpl. 4, 4030 Linz

**Alexander  
Geyrhofer**

*Social Media: Chance  
oder Gefahr?*

*Über Mobbing und Cybermobbing  
in unseren Schulen*



**Thomas  
Rammerstorfer**

*Politik in der Schule-  
eine extreme  
Herausforderung*



# Wahlfreiheit. Eine leere Worthülse

eine Feststellung  
von Timo Brunnbauer

**W**enn dieser Artikel in der vorliegenden Zeitung zu lesen ist, hat Österreich gewählt. Vermutlich wird die türkisch-schwarze Parteibewegung von Sebastian Kurz als stärkste Kraft in den Nationalrat einziehen. Als Koalitionspartner wird sich die FPÖ anbieten und anbieten. Es ist immerhin die letzte Chance für HC „Bumsti“ Strache, in die Nähe von Regierungsverantwortung zu gelangen. Eine unguete, aber leider realistische Vorstellung.

Der Wahlkampf war arm an Themen. Im Grunde ging es um Sicherheit (Österreich im weltweiten Sicherheitsranking auf Platz 3, daher: mehr Polizei!) und dem Flüchtlingsstrom (Asylansuchen 2017 minus 55 % zu 2016, daher: Grenzen zu!).

Nur zwei Parteien nahmen sich dem wichtigen Thema Bildung an: die in diesem Zusammenhang umtriebigen neos und die Grünen, denen eine Gemeinsame Schule tatsächlich seit vielen Jahren ein Anliegen ist. Beide Parteien werden wohl tief im einstelligen Bereich bei den Wahlen zu finden sein.

Die FPÖVP übt sich beim Thema Bildung in ihren Stehsätzen, wobei der auffälligste unter ihnen jener ist: „Die Wahlfreiheit im Bildungswesen muss bleiben!“

Ein schöner Satz und kompletter Unfug. Kinder, die sich mit 10 Jahren „entscheiden“ sollen, ob sie auf das Gymnasium oder in eine NMS gehen sollen, haben keine Wahlfreiheit. Bildung ist in Österreich – im Gegensatz zu anderen Staaten – stark vom sozioökonomischen Status der Eltern abhängig. Wir wissen das. Wir tun aber nichts. Niemand in Österreich würde sein Kind freiwillig in eine Brennpunkt-NMS schicken, wenn es mit lauter Einsern die VS abgeschlossen hat.

So findet man diesbezüglich sehr interessante Texte im heimischen

Blätterwald. Dabei äußern sich vor allem gerne die passionierten „Ja, aber – SagerInnen“.

Ein schönes Beispiel ist der Text der AHS-Lehrerin Monika Neuhofer im Standard (11.8.2017). Die Lehrerin findet nämlich, dass eine Gemeinsame Schule keine Vorteile bezüglich Chancengerechtigkeit bringen würde. Eingeleitet wird der rührende Text mit folgender Aussage: „Immer wieder heißt es, in Österreich werde Bildung stärker als in anderen Ländern vererbt. Kinder aus bildungsfernen Schichten hätten nur wenig Chancen, einen höheren Bildungsgrad als ihre Eltern zu erlangen.“

Aber natürlich geht das, denn die Autorin ist selber Kind von Eltern ohne Matura, und sie hat es immerhin zur AHS-Professorin geschafft. Wenn ich das schaffe, dann ist das für andere wohl auch kein Problem!

Ich bin selber Kind eines C-Beamten und einer Hausfrau. Und ich habe es karrieretechnisch zum PTS-Lehrer und Master der Politischen Bildung gebracht. Nehme ich jetzt meine und Frau Neuhofers Biografie her, dann muss ich sagen: ja, es geht! Wenn man nur will, schafft man das!

Moment, was ist jetzt dann mit der aktuellen OECD-Studie „Education at a glance“, die besagt, dass nur 21% der

österreichischen Kinder (Schnitt: 32 %) einen höheren Abschluss als ihre Eltern schaffen?

Weiters heißt es, dass nur 7 % der 25-44jährigen, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben, eine Uni absolvieren. Aber 48 % der Akademiker-Kinder. 17 % der Kinder von Eltern mit Pflichtschulabschluss maturieren. Wenn die Eltern einen Lehrabschluss haben, sind es 29 %. Wenn bereits die Eltern maturiert haben, machen auch 65 % der Kinder Matura, bei Akademiker-Kindern sind es 81 %.

Doch Zahlen sind mühsam, da ist es schon besser, seine eigene Biografie zur Untermauerung heranzuziehen. Aber irgendwelche ideologischen Scheuklappen helfen auch: Das Gymnasium ist ein Erfolgsmodell. Das Gymnasium muss bleiben!

Ja, und wir werden auch die nächsten 20 Jahre die Kinder mit nicht einmal 10 Jahren in zwei Bildungswege aufteilen. Und wir werden weiterhin die PISA-Ergebnisse staunend und möglicherweise schockiert zur Kenntnis nehmen, uns an die Stirn greifen und hernach weitermachen, weiterwurseln. Und es wird vielen einfach egal sein, dass mindestens einem Fünftel der Kinder beste Bildung versagt wird – denn das Gymnasium muss ja bleiben.



Education at a Glance 2016  
OECD INDICATORS



Quellen: <http://www.oecd.org/>

# Wozu

Gedanken  
von Lukas Oberwagner

# Politische Bildung ?

**W**er die letzten 10 Jahre das Politikgeschehen in Österreich, Europa und Weltweit beobachtet hat, wird feststellen, dass die uns aktuell betreffenden und einer Lösung harrenden Probleme so gravierend sind, dass wir uns kaum noch trauen den Blick in die Zukunft schweifen zu lassen.

Wie in einem Boiler nimmt der Druck der steigenden Probleme immer weiter zu, kann aber aufgrund der fehlenden Antworten auf diese Herausforderungen nicht entweichen.

Denkt man nur an die Worte des AFD-Vertreters *Gauland*, der nach der Wahl zum deutschen Bundestag folgendes artikuliert: „Wir werden *Frau Merkel* oder wenn auch immer jagen und uns unser Land zurückholen“. Wenn dies kein Ausdruck für das Unbehagen mit der „etablierten“ Politik ist, was ist es dann? Hierin liegt aber eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unser demokratisches System.

Politische Bildung muss dabei immer die mündige Bürgerin oder den mündigen Bürger in einer freiheitlichen säkularisierten und demokratischen Gesellschaft vor Augen haben. Politische Bildung kann hierbei praktische Politik nicht ersetzen, diese jedoch kritisch begleiten und befruchten.

Politische Bildung soll unsere Gesellschaft im Sinne von Freiheit und Gerechtigkeit, in der Wahrung des Friedens und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage begleiten.

Um dies in der Schule aufzugreifen und die Lust auf „Bildung“ einerseits und auf „Politik“ andererseits zu wecken müssen wir Pädagoginnen und Pädagogen uns bewusst werden, dass es nicht nur reicht, StaatsbürgerInnenkunde zu unterrichten, sondern mündige Bürgerinnen und Bürger herangezogen werden sollen.

## Webtipps:

[www.politik-lernen.at/](http://www.politik-lernen.at/)

Die österreichische Plattform Zentrum Polis (am Bildungsministerium hängend) bietet Materialien und Workshops zu vielen Themen an. Schwerpunkt: Europa, Partizipation

<https://www.bpb.de/>

Bundeszentrale für politische Bildung mit Unmengen an Informationen, Publikationen und Material. Viele interessante Bücher zu den mannigfaltigsten Themen sind hier erhältlich. Unterrichtsmaterialien zu den verschiedensten Themen können in Klassenstärke bestellt werden.

[www.politischebildung.at/oegpb/links/uebersicht/](http://www.politischebildung.at/oegpb/links/uebersicht/)

Alphabetische Übersicht mit Links zu Institutionen der politischen Bildung. Beinhaltet sind alle Themen, die an den Gegenstand der politischen Bildung anknüpfen.

[www.jku.at/content/e262/e242/e2380/e48433](http://www.jku.at/content/e262/e242/e2380/e48433)

Der Master *Politische Bildung* an der JKU kann von AbsolventInnen der PH besucht werden. Die Dauer beträgt 4 Semester und wird mit dem Master of Arts beendet.



# Klassenschüler- Innenhöchstzahl

*Was ändert sich  
durch das Bildungs-  
reformgesetz?*

eine Feststellung  
von Renate Brunnbauer



Schulklassen in den  
„guten“ alten Zeiten.

*Derzeit ist die  
KlassenschülerInnen-  
höchstzahl durch die  
Landesgesetzgebung, das  
POG (OÖ. Pflichtschul-  
organisationsgesetz §15)  
geregelt.*

**H**ier heißt es: **„Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in einer Klasse (der VS, NMS und PTS) darf 25 nicht übersteigen und soll 20 nicht unterschreiten;“**

Die Möglichkeit der Überschreitung ist allerdings auch enthalten:

**„sofern aus besonderen organisatorischen oder pädagogischen Gründen ein Abweichen von der Klassenschülerhöchstzahl erforderlich ist, entscheidet hierüber die Bezirksverwaltungsbehörde nach Anhörung des Schulerhalters und des Landeschulrats.“**

Und davon wird auch Gebrauch gemacht. Eine Einspruchsmöglichkeit ist nicht vorgesehen.

Wie viele Klassen bzw. Klassenvorstände das betrifft, wissen wir im Moment nicht. Wir kennen einzelne Berichte, wo die Entscheidung für über große Klassen gegen die Einwände der betroffenen KollegInnen gefällt worden ist. Auf unseren Antrag im ZA im Juni 2017 ist uns eine landesweite Information zugesichert worden. Die Anzahl der Klassen, die in diesem Schuljahr mit mehr als 25 Kindern geführt werden oder auch

geführt werden müssen, ist dennoch zu Redaktionsschluss dieser *Frühwarnung* (noch) nicht bekannt.

Ab 1.9.2018 werden KlassenschülerInnenzahlen nicht mehr zentral geregelt. Das Bildungsreformgesetz legt diese Entscheidung in die Hände der SchulleiterInnen. Gesetzestext und Erläuterungen stellen sicher, dass die Ressourcenzuteilung nach den Regeln bis 31.8.2018 geschieht. D.h. konkret: Die Schulleitung darf entscheiden, dass Klassen mit mehr als 25 Kindern geführt werden. In diesem Fall erhält die Schule aber alle Ressourcen die bei Teilung(en) angefallen wären trotzdem. Diese Stunden stehen für die Umsetzung schulautonomer Maßnahmen zur Verfügung.

Gleichzeitig erfährt die Entscheidungsvollmacht der SchulleiterInnen eine Einschränkung: Die schulpartnerchaftlichen Gremien müssen eingebunden werden. Das bedeutet, dass mit dem Schulforum oder Schulgemeinschaftsausschuss (in der PTS) das Einvernehmen hergestellt werden muss. Bis 6 Wochen vor Schulschluss (erstmal im Mai 2018) müssen dem SF/SGA die Klassen- und Gruppengrößen vorgelegt werden. Bei Nichteinvernehmen braucht es eine Zweidrittelmehrheit im SF/SGA, um die Einteilung zu besprechen und bis 4 Wochen vor Schulschluss der Bildungsdirektion vorzulegen. Die Bildungsdirektion entscheidet bis Schulschluss im Einvernehmen mit der Landespersonalvertretung (Zentralausschuss).

**Man kann sich also wehren.  
Kann man sich wehren?**

Betrachten wir die schulpartnerchaftlichen Gremien: Während in einem SGA neben Eltern und SchülerInnenvertreterInnen auch gewählte VertreterInnen der LehrerInnen mitwirken, sieht das Schulforum der Pflichtschulen vor, dass das die Klassenvorstände übernehmen. Diese sind natürlich nicht gewählt. Klassenvorstand wird man durch die Dienst-einteilung. Es ist außerdem traditionell so, dass in Schulforen kaum Entscheidungen gegen die Leiter/die Leiterinnen getroffen werden.

**Gedankenspiel:**

Ein(e) LehrerIn wird trotz nachdrücklicher Einwände als KV für eine über große Klasse im kommenden Schuljahr eingeteilt. Alle weiteren LehrerInnen (Klassenvorstände) im Schulforum sind selber nicht betroffen und haben auch keinen Auftrag, allgemein solidarisch für die LehrerInnenschaft an ihrer Schule einzutreten. Wird so ein Schulforum mit der Tradition brechen und gegen den Willen des Leiters/der Leiterin entscheiden?

Unserer Überzeugung nach sind die schulautonomen Chancen und Möglichkeiten, die sich aus der Überschreitung der 25er-Grenze ergeben nur dann positiv zu sehen, wenn eine echte Einigung am Standort zugrunde liegt. Wir werden uns verstärkt zusammenreden müssen, damit die Diskussionen unter den KollegInnen der Schulstandorte auf der Basis von Fairness und Solidarität geführt werden. Das Schulforum erhält eine verstärkte Bedeutung. **Nutzen wir unsere Mitsprachemöglichkeiten, sie sind ohnehin überschaubar!**

# Kinder sind keine Waschmaschinen

Überlegungen von Renate Brunnbauer

*Schulautonomie war im vergangenen Jahr das vermeintlich große Thema.*

Im schulischen Alltag hat man allerdings das Gefühl, dieses Vorhaben und die damit verbundenen Ankündigungen gehen am Thema vorbei. Egal welches dieser Themen man zuerst betrachtet, als aktiver Lehrer oder Lehrerin bekommt man den Eindruck, mit unserer Alltagsrealität haben diese schlagwortartigen Ideen wenig bis gar nichts zu tun. Als würden die Themen in Parallelwelten debattiert während wir in der Schule mit ganz anderen Dingen beschäftigt sind. Statt um die großen Themen geht es um kleine Ressourcen. Wir schlichten hin und her, vergrößern die Turngruppen, überlegen ernsthaft ob der Werkunterricht mit 24 oder 25 Kindern auch noch geht – sogar wenn vielleicht nur 14 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Immer wieder theatern wir uns selbst in den ehrenamtlichen Bereich, damit wir diese Schülerin oder jenen Schüler sinnvoll fördern können, dass die Probleme der einen Kinder nicht das Lernen der anderen behindert oder verhindert. Es kann einen echt grantig machen.

Nur, eines ist für uns in der UG klar und eindeutig: Wenn es an Ressourcen mangelt sind nicht die Kinder schuld. Auch nicht die, die zusätzliche Hilfen brauchen. Es kann einen grantig machen – schauen wir aber dass wir nicht auf die Kinder grantig werden. Diese können nichts dafür, dass uns häufig jenes Werkzeug vorenthalten wird, das wir eigentlich für unsere Arbeit bräuchten.

Ich bin eine Verteidigerin von wissenschaftlichen Evaluierungen, ich lehne Überprüfungen sowie Tests nicht

grundsätzlich ab. Nur bitte mit Maß und Ziel. Ich bin in den letzten Jahren in Diskussionen dem Vorwurf begegnet, dass Lehrer und Lehrerinnen die Auswertung ihrer Arbeit verhindern wollen. Ich habe immer erwidert NEIN, das tun wir nicht. Natürlich kann man am Ende der Pflichtschulzeit evaluieren was die Kinder können. Unser Problem ist, was mit den Ergebnissen getan wird und wie diese interpretiert und erklärt werden.

Wenn man einen Bereich verbessern will, dann muss es auch zusätzliche Mittel geben. Und zwar nicht aus Umverteilungen, sodass Schulen für die es einigermaßen gut läuft in prekäre Situationen gebracht werden,

*Nur, eines ist für uns in der UG klar und eindeutig: Wenn es an Ressourcen mangelt sind nicht die Kinder schuld.*

sondern echte zusätzliche Ressourcen. Derzeit ist mit dem Chancenindex in dieser Hinsicht ein Anfang gemacht worden. Benachteiligten Standorten zu helfen ist allemal vernünftiger als die Idee des Präsidenten des OÖ-Landesschulrates, der Lehrer in solchen Fällen einfach zur Fortbildung verpflichten will.

Aber einmal abgesehen von einer abschließenden Erhebung am Ende der Schulpflicht – sollten wir uns doch fragen wie wichtig wir die permanent empfohlenen Instrumentarien zur Feststellung kindlicher Kompetenzen nehmen wollen.

Mittlerweile gibt es bereits eine ganze Reihe von ErziehungswissenschaftlerInnen, die jene fast schon permanente Evaluierung der kognitiven Fähigkeiten unserer Kinder sehr kritisch betrachten.

Eva Borst zum Beispiel, Erziehungswissenschaftlerin aus Mainz, bezeichnet es sogar als undemokratisch, wenn die für den Arbeitsmarkt nützlichen Fähigkeiten so engstirnig akribisch erhoben werden. Sie weist, wie viele andere, darauf hin dass eine Sichtweise die sich ausschließlich auf Fehler konzentriert, den Kindern auch schaden kann. Ich empfinde es ganz genauso Was für ein Selbstbild

erzeugen wir, wenn wir bei den minimalsten Abweichungen vom Lernziel sofort konstatieren „hier liegt ein Problem vor.“?

Ein Problem, das repariert werden muss, wie bei einer Waschmaschine. Ich mache den Beruf schon sehr lange und ich bezweifle, dass Kinder so funktionieren.



# Bescheidene

an die/den künftige/n

von Franz Kaiser

Bildungsministerin/Bildungsminister!

Die Zeit, sich was wünschen zu dürfen, ist üblicherweise Weihnachten. Am 15. Oktober wurde der Nationalrat gewählt – Zeit, sich auch von der künftigen Leitung des Bildungsministeriums was zu wünschen.

In den letzten Jahren hat sich an unseren Schulen vieles geändert, immer wieder ist etwas dazugekommen. Kaum ist das eine umgesetzt, kommt das nächste: EDL, SQA, 4.0 Notenskala, alternative Leistungsbeurteilungen, rückwärtiges Lerndesign, ... sind einige Beispiele. Es ist nicht alles schlecht – aber vieles muss dokumentiert, in das richtige Formular (zB SQA) eingetragen werden und so weiter. Wir brauchen endlich wieder Ruhe, weniger Dokumentationen und Berichte! Weniger Papierkram bedeutet, dass wir uns mehr auf die Arbeit mit unseren Schülerinnen und Schülern konzentrieren können – das ist unsere Aufgabe! Schließlich wird von uns zu Recht gefordert, dass die Kinder die Kulturtechniken Schreiben, Lesen, Rechnen und natürlich auch den Umgang mit den neuen Medien beherrschen. Wir brauchen mehr Zeit und mehr Ressourcen, damit wir das alles umsetzen können. Geben Sie uns die Zeit zurück, die uns Elisabeth Gehrler unter der schwarz/blauen Regierung weggenommen hat, um, wie sie es formulierte, die Schülerinnen und Schüler zu entlasten – tatsächliche war es ein massives Sparpaket.

Geben Sie uns zumindest jene Stunden zurück, damit jede Schule ihre Stundentafel problemlos erfüllen kann ohne „zaubern“ zu müssen! Momentan besteht die vielgepriesene Schulautonomie in erster Linie darin, dass wir autonom entscheiden können, welche SchülerInnengruppen wir zusammenlegen müssen, damit zumindest der Regelunterricht möglich ist. Von Freigegegenständen - das Salz in

der Suppe jeder Schule – können viele Schulen nur träumen.

Eine ewige Baustelle – das Thema Ressourcen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Sie wissen es bestimmt, das sich noch immer nichts geändert hat, im Gegenteil, der Bedarf an Stunden für Kinder mit SPF ist sogar gestiegen. Die Vergabe von Ressourcen ist bekanntlich ausschließlich an der Feststellung eines SPF am Kind festgemacht. Dies führt – besonders in Zweifelsfällen und vor allem auch am Beginn der Volksschule – zu einem zu späten Einsetzen besonderer Förderung und erlaubt in den meisten Fällen keine präventiven Maßnahmen.

Wir brauchen daher zusätzliche Förderressourcen, die sich am Bedarf der Schulen orientieren, regional koordiniert und – besonders wichtig - nachvollziehbar aufgeteilt werden. Uns ist allen klar, dass, je früher Probleme erkannt werden und gezielt durch Förder- und Stützmaßnahmen versucht wird, diese zu beseitigen oder zumindest zu lindern, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Maßnahmen auch erfolgreich sind. Mit anderen Worten: Förder- und Stützmaßnahmen in der Grundstufe helfen, dass z.B. Lese- und Rechenschwächen in der Sekundarstufe erst gar nicht oder nicht so intensiv auftreten, weil früh genug gezielt entgegengewirkt wurde.

Das ergibt also Sinn und es macht sich bezahlt, wenn ehest Hilfen in Form von mehr Stunden bereits in der Volksschule eingesetzt werden. Was hilft es, wenn z.B. mit dem Salzburger Lesescreening festgestellt wird, dass eine spezielle Leseschwäche vorhanden ist, und die Kolleginnen und Kollegen in den Volksschulen im Anschluss einen überlangen Bericht ausfüllen müssen – die Frage ist: für wen? – Hilfen

und Ressourcen bleiben aber aus. Das ist demotivierend. Die Grundschulen benötigen mehr Ressourcen - zumindest eine Doppelbesetzung in den „Hauptfächern“ - ähnlich wie in der NMS. Denn in der Primarstufe werden die wichtigsten Grundlagen für die spätere Bildungskarriere unserer Schülerinnen und Schüler gelegt.

Der Bildungsforscher Stefan Hopmann vom Institut für Bildungswissenschaften an der Universität Wien meint: **„Wir müssen mehr in den vor- und fröhschulischen Bereich – Kindergarten und Beginn der Volksschule – investieren. Das ist nicht nur eine Frage der Pädagogik, sondern auch der Ökonomie: Es ist kaufmännisch idiotisch, was wir machen: Wir geben zu wenig für diesen Bereich aus. Dabei ist frühe Förderung besonders effektiv. Je später man repariert, desto teurer wird es. Die Folge: Zu viele junge Menschen schaffen es nicht, ein Qualifikationsniveau zu erreichen, mit dem sie am ersten Arbeitsmarkt erfolgreich teilnehmen können. Das heißt: Sie werden immer von der Gesellschaft unterstützt werden müssen.“**

Ich denke, da können Sie nicht widersprechen.

Erschwerend kommt hinzu, dass es auf Grund von gesellschaftlichen Veränderungen immer mehr Schülerinnen und Schüler gibt, die uns Sorgen bereiten. Deshalb brauchen wir mehr Hilfen bei Kindern mit Verhaltensbeeinträchtigungen. Sie machen uns vielfach das Unterrichten schwer, darunter leiden nicht nur wir Lehrerinnen und Lehrer, sondern vor allem die Kinder in solchen Klassen.

Auch hier gilt - je früher diesen Kindern geholfen wird, umso eher werden diese Maßnahmen Erfolg haben und Probleme in ihrem späteren Leben verhindern. Wir brauchen für diese Kinder im Bedarfsfall rasche

# Wünsche



Unterstützung – die Betonung liegt auf rasche – durch Betreuungslehrer bzw. Betreuungslehrerinnen, Schulpsychologinnen bzw. Schulpsychologen und Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter. In diesem Fall hat sich in den letzten Jahren – zumindest bei uns in OÖ – durch die SuSA (Schulsozialarbeit) die Situation etwas gebessert – zufrieden können wir aber noch immer nicht sein.

## **Ein nächster, sicher wichtiger, Schritt startet heuer: Schule 4.0. – jetzt wird's digital!**

Tablets für jedes Volksschulkind, von einem Laptop in der 9. Schulstufe ist zu hören, für den OÖ Landeshauptmann ist das WWW heute genauso wichtig wie das ABC. Digitale Kompetenz wird mit Sicherheit in der Zukunft eine wesentliche Rolle spielen und muss in unseren Schulen früh genug Eingang finden – Lesen, Deutsch und Mathematik bleiben aber weiterhin wichtiger und zentraler Bestandteil. Denn Computer machen den Unterricht nicht automatisch besser, sie können guten Unterricht jedoch noch interessanter machen. Eine Pisa-Auswertung zur Computernutzung in Schulen zeigt: Wer Schülerinnen und Schüler einfach im Internet surfen lässt, hat noch nichts gewonnen. Wie schon *Hattie* festgestellt hat - auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an.

Aber, und das ist das Überraschende: Kinder, die das Internet und den Computer in der Schule besonders häufig nutzen, können deshalb nicht besser damit umgehen. Und Länder, die viel in neue Computer in den Schulen investierten, haben nicht erreicht, dass ihre Schüler bessere Leistungen vorweisen. Computer und Schulen – das Thema ist viel komplizierter und einfache Lösungen gibt es nicht. In Australien zum Beispiel setzen Lehrerinnen und Lehrer das Internet so ein, dass ihre Schüler Zeit zum Lernen und Üben gewinnen. Die Pädagoginnen und Pädagogen tauschen sich online über neue Unterrichtsideen aus. Andere nutzen für ihre Schülerinnen und Schüler Onlineplattformen, zum Beispiel für virtuelle Labore, intelligente Spiele, Übungsprogramme oder für konkrete Projekte. Eine Onlineplattform verwenden bereits viele OÖ Schulen, Stichwort *Moodle*, jetzt heißt es Lernplattform. Fazit: Nicht jedes Kind braucht zwingend sofort ein eigenes Tablet, aber jedes Kind braucht gute Lehrerinnen und Lehrer, die in der Lage sind, Computer so einzusetzen, dass der Unterricht abwechslungsreicher, effektiver und interessanter wird.

Wir brauchen also entsprechende Fortbildungsangebote. Auch da gibt es bereits Ansätze mit dem Programm Digitale Kompetenz für Pädagoginnen und Pädagogen der Pädagogischen

Hochschule OÖ. Zusätzlich benötigen wir geeignete Software, die einen effizienten Einsatz von Computern rechtfertigt. Das Thema soziale Medien darf dabei nicht zu kurz kommen.

Diese Wunschliste ist bei weitem nicht vollständig und mir würde noch vieles einfallen. Bedenken Sie bei Ihren Entscheidungen, Schule ist kein Betrieb und lässt sich auch nicht als solcher verwalten und führen. Unser Bildungsbudget ist chronisch unterdotiert. Es wird endlich Zeit, dass der Bereich Bildung mit jenen finanziellen Mitteln ausgestattet wird, den er benötigt.

*Wolfgang Braun* von den OÖN meinte in einem Leitartikel: **„Jeden Euro, den wir in Bildung zu wenig investieren, müssen wir später doppelt und dreifach für Leistungen wie Arbeitslosengeld und Mindestsicherung bezahlen.“**

Und vergessen Sie bei all Ihren Entscheidungen nicht die Wertschätzung gegenüber uns Lehrerinnen und Lehrern und da gehört für mich auch dazu, dass man erfahrene Lehrerinnen und Lehrer – die mit beiden Beinen im Berufsleben stehen - bei Ihren Entscheidungen entsprechend einbindet. Im digitalen Zeitalter sollte das ohne Probleme möglich sein – dieser Prozess könnte z.B. Bildungsreform X.0 genannt werden.

Freundliche Grüße!  
*Franz Kaiser*

# Anfahrtsinfo zur Generalversammlung:

Ort: **Volkshaus Neue Heimat**  
Adresse: **Vogelfängerplatz 4, Linz**

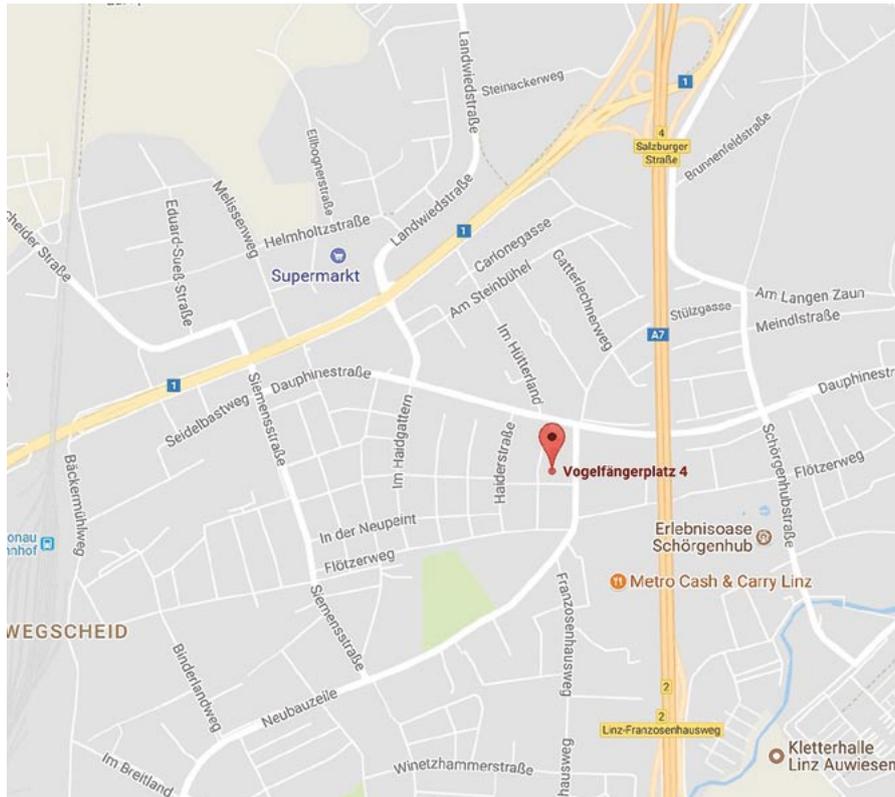
## ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL:

Vom **Hauptbahnhof** aus  
**Autobus Linie 12** Richtung Karlhof  
(20 min Busfahrt).

Ausstiegshaltestelle: **Linz im Hütterland**  
(3 min Fußweg).

## MIT DEM PKW:

**Mühlkreisautobahn**  
Abfahrt **Salzburger Straße** oder  
**Linz- Franzosenhausweg**



Quelle: google maps

## IMPRESSUM

Kontakt, Medieninhaber & Herausgeber  
P.b.b. - GZ 052036258M - Verlagspostamt 4020 Linz

Kritische unabhängige LehrerInneninitiative, kuli-UG,  
Mahrsersdorf 1, 4232 Hagenberg, 0699/10208202,  
www.kuli.net / r.brunnbauer@kuli.net  
Redaktionsleitung: Timo Brunnbauer

Druck: gugler print, Satz und Layout: Robert Eder  
DVR-Nr.: 0581518 / Aufgabepostamt: 4020 Linz.  
Für den Inhalt der veröffentlichten Beiträge ist  
ausschließlich der/die VerfasserIn verantwortlich.

Rückläufer bitte an: Renate Brunnbauer,  
Steingasse 17, 4100 Ottensheim